

# Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 5 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Hauptstraße 4/6, durch die Zweigstellen: Hauptstraße 11, Hauptstraße 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Wöchentlich 1200 Mark, monatlich 4500 Mark. Durch die Post 4518 Mark.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftstelefon Ring 1206, Redaktion Ring 3141, Postfach-Konto: Postfach-Num. Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Die 10 Zeilen für gewöhnliche Anzeigen aus Schlesien 200 Mark, aus dem Ausland 300 Mark. Einmalige Anzeigen 50% teurer. Kleinanzeigen pro Wort 10 Mark, des Jett 15 Mark. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis spätestens 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition einreichen. 1/6 Linie in sämtlichen Zweigstellen abgeben werden.

## Brotpreis und Politik.

Gegen den Versuch kommunistischer Agitatoren, die Sozialdemokratie für die Brotverwertung verantwortlich zu machen, die in Laufe der nächsten Monate eintreten wird, stellt der Sozialdemokratische Parlamentsdienst fest:

1. Auch die Getreidemenge, für die sich jetzt die Kommunisten begeistern, obwohl sie sie im Vorjahre heftig bekämpft haben, hat die Preissteigerung für das Marktbrot nicht verhindern können. Im Monat August 1922, zu Beginn des Wirtschaftsjahres, betrug der Preis des 1900-Gramm-Marktbrottes in Berlin 31,60 Mark, Anfang Januar 1923 310 Mark, im März 200 Mark, im Mai 950 Mark, Anfang Juni 2500 Mark und jetzt, Ende Juni, 3100 Mark. Bis mindestens 15. September wird die öffentliche Brotversorgung aufrechterhalten. Trotzdem werden weitere Preissteigerungen eintreten, weil das Auslandsgetreide mit dem Fall der Mark im Preise steigt und für das Umlagegetreide zuleht ebenfalls der Marktpreis gezahlt wurde.

2. Trotz dieser Preissteigerung für das Umlagegetreide hat das Reich sehr erhebliche Mittel für die Brotverbilligung aufbringen müssen. Jeder Arbeiter aber weiß doch, daß er selbst durch den Lohnabgang, die Verbrauchssteuer und besonders durch die Inflationssteuer die Mittel aufgebracht hat, von denen ihm dann später ein winziger Teil durch die Brotverbilligung ausfließt. Dafür aber haben die niedrigen Marktbrotpreise den Unternehmern Veranlassung gegeben, den Lohn zu drücken.

3. Nicht das jetzt beschlossene Brotverbilligungsgesetz bringt die freie Wirtschaft, sondern der Beschluß der bürgerlichen Parteien vom April. Damals ist gegen den heftigsten Widerstand der Sozialdemokratie die freie Wirtschaft tatsächlich eingeführt worden. Beim Brotverbilligungsgesetz handelt es sich weniger um die Ausführung dieses Beschlusses, als um die Vermeidung der großen Gefahren der freien Wirtschaft, die ohne ein Gesetz zugunsten der Hilflosen unabwendbar waren.

Hätte die Sozialdemokratie dieses Gesetz zu Fall gebracht, so wäre die freie Wirtschaft ohne jede Einschränkung mit allen ihren Gefahren eingetreten. Dann wäre sie verantwortlich, daß die Reichen, die Sozial- und Kleinrentner, die Erwerbsunfähigen und die Erwerbslosen mit ihren fargen Unterhaltungen sich vielleicht nicht einmal ein Brot in der Woche kaufen könnten. Freilich, was kümmert das die Kommunisten? Wem es nicht um die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse und um einen Schutz der bedürftigen Kreise unseres Volkes zu tun ist, den läßt auch das grenzenlose Elend des Einzelnen völlig kalt.

Wie bisher, so hat auch diesmal die Sozialdemokratie alles durchgesehen, was sich unter den gegebenen Machtverhältnissen erreichen ließ. Die freie Wirtschaft war im April beschlossen. Eine Möglichkeit, den Brotpreis durch niedrige Preise für das Umlagegetreide künstlich niedrig zu halten, bestand bereits seit Anfang dieses Jahres nicht mehr. Für die Lohn- und Gehaltsempfänger, die ohnedies keinen Vorteil von den billigen Brotpreisen mehr gehabt haben, weil sie selbst die Mittel zu dieser Verbilligung aufbringen und mit niedrigen Löhnen vorlieb nehmen mußten, war deshalb die Umlage völlig wertlos geworden. Für sie gibt es nur den einen Weg, die Verteuerung der Lebenshaltung durch Lohn-

erhöhung auszugleichen. Auf dem Wege der werftätigen Löhne, für die die Sozialdemokratie jetzt kämpft, ist das leichter möglich als auf dem langwieriger Lohnverhandlungen.

Anderes war die Lage für diejenigen, die auf Renten angewiesen sind oder gar kein festes Einkommen haben. Sie können die hohen Brotpreise nicht bezahlen, sie müssen aus öffentlichen Mitteln unterstützt werden. Bisher hat das Reich diese Unterstützungen aus allgemeinen Steuermitteln aufgebracht. Sie gingen also zum großen Teil zu Lasten der Lohn- und Gehaltsempfänger. Das ist jetzt anders. Mittel aus der Reichskasse dürfen für Verbilligung des Brotes nicht mehr verwendet werden. Alle Lasten sind zu tragen von den Besitzenden durch die vielfache Abgabe der Zwangsanleihe. Als die bürgerlichen Parteien im April sich in einer Entschließung dazu verpflichteten, da glaubte mancher, man könne um die Einführung dieses Verordnungs kommen. Das hat die Sozialdemokratie vereitelt. Die von ihr gestellten Bedingungen, die alle bürgerlichen Parteien schließlich annehmen mußten, sichern den Eingang der für die Brotverbilligung um zwei Fünftel des jeweiligen Brotpreises erforderlichen Mittel.

Ein harter Kampf entstand um die Frage, ob auch die Erwerbslosen Anspruch auf Verbilligung des Brotes haben. Im April hatten die bürgerlichen Parteien das beschlossen. Jetzt wollten sie es befechtigen. Aber auch das ist ihnen nicht gelungen. Der Ernährungsminister, der für die Ausführung des Gesetzes verantwortlich ist, hat erklärt, daß jeder Erwerbslose, der Anspruch auf Geldunterstützung hat, auch Anspruch besitzt auf die Brotverbilligung. So sind denn die Besitzenden auch dafür belastet, wenn die Zahl der Erwerbslosen wächst und die Mittel für die Unterstützungen steigen.

Die Rationierung des Brotes und der Markenzwang werden bis zum 15. September bestehen bleiben. Beides kann bis zum 15. Oktober verlängert werden. Wie nach dieser Zeit die Verbilligung des Brotes für die Unterhaltungsberechtigten geregelt wird, ob durch Geldzuschüsse oder Naturallieferungen, ist noch nicht entschieden. Beides wird erst in eingehenden Beratungen mit den Gemeinden zu erörtern sein, da diese ebenso wie die Unterhaltungsberechtigten ein ungemein großes Interesse daran haben, daß dieses Problem möglichst einfach gelöst und nicht wieder ein großer Verwaltungsapparat dafür erforderlich wird.

Hätte die Sozialdemokratie im Reichstage eine Mehrheit, so hätte sie sicherlich dafür gesorgt, daß der Schutz der Bedürftigen über das jetzt gewährte Maß hinausgeht. Aber leider ist die Sozialdemokratie auch im Parlament eine Minderheit. Und leider hat sie nicht nur rechts von ihr, sondern auch links von ihr Gegner, die ihrem Kampf in den Rücken fallen. Sieht man von allem andern ab, so zeigt wohl schon die Tatsache, daß von den 15 kommunistischen Abgeordneten bei der Abstimmung über dieses Gesetz mehr als die Hälfte, nämlich acht, gefehlt haben, wie verschieden bei den Kommunisten Worte und Taten sind. Erst wenn die Kommunisten einsehen, daß die Arbeiterklasse dem Bürgerium Zugeständnisse nur abringen kann, wenn sie sich nicht selbst zerfleischt, wird die Arbeiterklasse ihre Ansprüche in höherem Maße durchsetzen können.

## Breitheid über Cuno und seine Nachfolge.

In der Wiener „Arb.-Ztg.“ kritisiert Genosse Dr. Rudolf Breitheid die Passivität der Cuno-Regierung in der Wirtschaft, wie in der Außenpolitik und schreibt dazu:

Die Reichsparteien profitieren von der Passivität der Regierung, indem sie sich nicht nur bei ihren Deklamationen gegen jede Verhandlung mit dem „Feind“ auf sie berufen, sondern unter ihrem Schutz auch die Arbeit jener Elemente ermutigen, die den Widerstand im Westen durch Unterfälle und Sabotageakte kompromittieren. Und das Großkapital keineswegs ist in der Lage, durch rückwärtsgekehrte seiner privatwirtschaftlichen Interessen, die deutsche Volkswirtschaft immer mehr zu ruinieren. Die Regierung, die gestützt auf das Parlament, führen soll, sinkt zum vollkommenen Organ dieser von der Volksvertretung nur sehr unzureichend kontrollierten Kreise hinab.

Kein Wunder, daß große Massen der Arbeiterklasse den so herbeigeführten Zustand nicht mehr nur auf die Schwäche und Energielosigkeit Cunos und seiner Kollegen, sondern auf ihren bösen Willen zurückführen und in der Sorge um ihre eigene Existenz und um die Zukunft der Republik in eine erbitterte Oppositionshaltung hineingetrieben werden. Man kann darüber streiten, ob die Rede, die der sächsische Ministerpräsident jüngst in einer Volksversammlung gehalten hat, in jeder Beziehung tatsächlich King gewesen ist, daß sie aber der Auffassung breiter Schichten des Proletariats entspricht, unterliegt keinem Zweifel. Nicht zuletzt auch in ihrer Forderung nach dem Rücktritt des Kabinetts, die häufig genug mit einer Kritik an der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion verbunden wird, weil sie den Sturz der Regierung nicht betreibt.

Sie indessen begnügen die Zweifelsfragen, nicht zuletzt die, was denn an die Stelle des Ministeriums Cuno treten soll. Es gibt Leute, die mit der Antwort schnell bei der Hand sind. „Arbeiterregierung“ sagen die einen, „Große Koalition“ die anderen, aber Karolen sind leicht zu überreden, wenn man sich kein weiteres Kopfschütteln über ihre Verwirrung macht. Tatsächlich ist eine Arbeiterregierung in jeder möglichen Gestalt ein Ding in einem Moment, wo Sozialdemokraten und Kommunisten nicht nur nicht über eine Mehrheit im Parlament verfügen, sondern auch die Aufrichtung und Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft im Hinblick auf die innen- und außenpolitische Lage unüberwindlichen Schwierigkeiten begegnen würde, und die große Koalition müßte bei dem Einfluß, den die alten Finanz-, sozial- und wirtschaftspolitischen Förderungen der Sozialdemokratie aufschichtete widerstrebende Schwerindustrie in der Deutschen Volkspartei ausübt, selbst dann die größten Bedenken erregen, wenn die Volkspartei ihrerseits ein Zusammengehen mit der Sozialdemokratie ernsthaft ins Auge faßt. Erwägt man weiter, daß wie sich die Dinge entwickelt haben, bei jedem Regierungs- und Systemwechsel sofort die Gefahr sehr ernster innerer Kämpfe entsteht, so wird man begreifen, daß die sozialdemokratische Fraktion so lange als irgend möglich Herrn Cuno die Liquidation überlassen will.

Freilich hat eine solche Politik des Abwartens ihre Grenze und wenn der ständige Druck auf die Regierung nicht mehr ausreicht, um ihre Richtung und ihr Tempo zu beeinflussen, dann bleibt der Sozialdemokratie nichts anderes übrig, als dem Kabinett sowohl wie den bürgerlichen Parteien klarzumachen das Programm vorzulegen, das nach ihrer Überzeugung einen Ausweg aus der gegenwärtigen unerschütterlichen Situation eröffnet und ihr weiteres Verhalten von der Annahme, die es hier wie dort findet, abhängig zu machen. Sie spricht damit zugleich die Bedingungen aus, unter denen sie eine Mitverantwortung in einer neu zu bildenden Regierung übernehmen könnte, sie bekundet aber auch, ohne Ministerjurerei zu treiben, ihren Entschluß zu grundsätzlicher Opposition gegen jeden, der sich weigert, dem berechtigten Verlangen der Arbeiterklasse Rechnung zu tragen. Es muß sich dann herausstellen, ob und wie lange man gegen die Sozialdemokratie zu regieren vermag. Auf die Dauer ist der Entscheidung in der Frage, ob Stinnes und die Nationalisten oder die Reichslisten auf die Interessen der arbeitenden Massen das Schicksal Deutschlands bestimmen sollen, nicht auszuweichen.“

## Die Verhandlungen innerhalb der Ententemächte

Sind jetzt endgültig ins Stocken geraten, weil man zunächst die Lösung der Regierungskrise in Belgien abwarten will. Aber auch wenn eine neue Regierung in Belgien gebildet sein sollte, werden sich die Verhandlungen noch längere Zeit hingziehen. Das bedeutet für Deutschland Verlängerung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr, dessen Beendigung Voraussetzung dafür ist, daß auch in den unbesetzten deutschen Gebieten die schwierigen wirtschaftlichen Probleme eine Lösung finden. Wir haben immer gefordert, daß die Reichsregierung das Nötigste tut, um schnell eine Lösung herbeizuführen. Innerlich scheint sie jetzt auch davon überzeugt zu sein, daß mehr Aktivität notwendig ist, um eine Besserung des gegenwärtigen Zustandes an der Ruhr herbeizuführen. Das geht mindestens aus einem Teil der Königsberger Rede des Reichsministers hervor. Gerade dieser Teil ist aber von dem amtlichen Wolff-Bureau abgeändert wieder gegeben worden. Nach einem Bericht der Telegraphen-Union hat Cuno in Königsberg sich viel verständnisvoller Worte bedient, als aus dem amtlichen Bericht, der durch WTB verbreitet wurde, hervorgeht. Der amtliche Bericht unterschlägt ganze Partien.

In Wirklichkeit entspricht der von der Telegraphen-Union verbreitete Bericht den Ausführungen des Reichsministers, während der des WTB, an wesentlichen Stellen unrichtig ist.

Ein Dollar (amtlich) 152617 Mt.

## Von Rhein und Ruhr.

### Lodesopfer und Wirtschaftsnot.

Siebold, 27. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Das drakonische Vordringen der Franzosen und Belgier im Ruhrgebiet hat in den vergangenen Tagen noch mehr Opfer gefordert als bisher bekannt geworden ist. In Gladbeck wurde am 24. Juni ein harmloser Fischhändler des dortigen Krankenhauses erschossen; am 25. Juni mußte ein Mann, der harmlos die Straße der gleichen Stadt passierte, das Leben lassen. Ferner wurde eine Frau bei der Garncarbeit so schwer verletzt, daß sie bald darauf starb. Am Mittwoch wurde in Hoxst vor dem Amtsgericht ein Bote der Zeche Nordstern nach vorausgegangenem Wortwechsel mit einem belgischen Soldaten ebenfalls erschossen.

Die Versorgung des Industriegebietes mit Kartoffeln läßt trotz des teilsweise wieder aufgenommenen Eisenbahnverkehrs außerst viel zu wünschen übrig.

Stellenweise sind Kartoffeln überhaupt nicht zu haben. In Duisburg haben die Belgier alle Kartoffelvorräte beschlagnahmt.

### Die vierte Völkerverversammlung

wird am 3. September in Genf zusammentreten. Sie wird die Maßnahmen zur Kenntnis nehmen, die zur Ausführung der Beschlüsse der vorhergehenden Versammlung angeordnet worden sind, besonders hinsichtlich der Beschränkung der Rüstungen, der Sklaverei und des kanadischen Vorschlages auf Veränderungen des Artikels 10 des Paktes. Alle Kommissionen des Völkerverbundes werden über ihre Arbeiten berichten. Von den auf der provisorischen Tagesordnung stehenden Fragen sind besonders zu erwähnen die Wahl eines Richters am ständigen internationalen Gerichtshof im Haag, das Gesetz der litauischen Regierung bezüglich ihres Konfliktes mit Polen, sowie das Vorschlagsgesetz des belgischen Parlaments. Die Versammlung wird auch die Wahl der sechs nichtständigen Mitglieder des Völkerverbundes vornehmen. Gegenwärtig sind 52 Staaten Mitglieder des Völkerverbundes.



# Ende des Landarbeitersstreifs.

Nach langwierigen und schweren Verhandlungen unter Vorsitz eines Vertreters des Reichsarbeitsministeriums wurde am Mittwoch folgender Schiedspruch von den Parteien einstimmig angenommen:

### I.

Der Streik ist sofort abzuhören. Die Streikposten sind sofort aufzuheben. Die Arbeit ist unverzüglich wieder aufzunehmen. Die nachstehenden Anordnungen müssen sich auf alle vorstehenden drei Maßnahmen beziehen. Der Nachweis hierfür gilt als erbracht, wenn dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums die Telegramme an die Kreisleitungen des Deutschen Landarbeiter-Verbandes zur sofortigen Weiterdurchführung übergeben sind.

### II.

Barlohn für die Streikstage wird den Streikenden nicht bezahlt. Notstandsarbeiten im Verhältnis zur geleisteten Arbeit in bar, bzw. Deputaten zu bezahlen. Das für die Streikzeit fällige Deputat ist, soweit es als Vergütung der Notstandsarbeiten zu bezahlen war, auf 100 % fällige Lohnsätze zu verrechnen. Mit der Verrechnung ist am 1. August 1923 zu beginnen. Sofern ein Abzug auf dem Wege der Verrechnung erfolgt, ist er auf die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember d. Js. verteilt, das monatlich nicht mehr als ein Fünftel des Gesamtabzugs zur Verrechnung gelangt.

### III.

Maßregelungen lediglich wegen Beteiligung am Streik dürfen nicht stattfinden, es sei denn, daß andere wichtige Gründe im Sinne des § 14 der vorläufigen Landarbeits-Ordnung vorliegen, oder die bereits erfolgte Entlassung wegen Beteiligung über die Stelle nicht mehr rückgängig gemacht werden kann. Hieraus entfallende Streitigkeiten sollen, wenn sie nicht von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in den einzelnen Betrieben beigegeben werden, der Entscheidung der gesetzlichen Schlichtungsausschüsse unterliegen.

### IV.

Der Tarifvertrag vom 11. Februar 1922 ist nach wie vor für alle Verbände, die ihn abgeschlossen haben, maßgebend. Bis auf weitere Vereinbarung oder schiedsgerichtliche Entscheidung gelten im Schiedspruch vom 14. Juni d. Js. die unter letzterem Lohnberechnung vom 21. Juni d. Js. festgesetzten Lohnsätze. Neben die Vorschriften des Deutschen Landarbeiter-Verbandes finden erstmalige Lohnberechnungen auf der Grundlage des vorgenannten Schiedspruches am Sonnabend, den 30. Juni d. Js., statt. Neue Lohnforderungen unterliegen im übrigen den Bestimmungen des § 17 Abs. II des Tarifvertrages.

### V.

Alle beteiligten Verbände verbürgen sich rechtlich für die Durchführung dieser schiedsgerichtlichen Vereinbarungen. Die Vertreter des Deutschen Landarbeiter-Verbandes erklären, daß sie sich nach Maßgabe vorstehender Vereinbarungen auch unbedingte für die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit in allen Betrieben einsetzen werden.

# Gewerkschaftsbewegung.

Die Breslauer Arbeiterchaft zur Frage der Goldlöcher.

Am Mittwoch, den 20. Juni, beschäftigten sich die Vertrauensleute der Breslauer Gewerkschaften und des ADGB mit der Frage der Goldlöcher. Das Referat hierzu erstattete Genosse Reiner. Er schilderte den Verlauf des Verfalls unserer Währung, ausgehend vom Kriegesbeginn 1914. Die weitere Aufblähung unseres Papiergeldes habe ungeheuren Umfang angenommen. Während als Arbeitslohn sich auf wertvolle, beständige Währung eingestellt haben, wird den Arbeitnehmern nur das entwertete Papiergeld für ihre hochwertige Arbeit in die Hand gedrückt. Zur Beilegung dieses Übels bedarf es nicht nur außerordentlich harter gewerkschaftlicher Organisationen, sondern auch einer Regierung aus Arbeitern. Die Arbeiterchaft muß sich politisch wie auch gewerkschaftlich ihre Freiheit erkämpfen.

Die Diskussionsredner brachten in der Hauptfrage die Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen Zustande, unter dem die Arbeiterchaft der allein lebende Teil in Deutschland ist, zur Sprache, auch forderten sie mehr oder weniger begründet die Einsetzung einer Arbeiterregierung. Nur ein Redner wies darauf hin, daß die Gewerkschaften sehr wohl in der Lage seien, durch ihre Macht einen Ausgleich des Arbeitseinkommens gegenüber der fortgesetzt steigenden Verteuerung der Lebensmittel zu schaffen. Voraussetzung dafür sei, daß die Arbeitermassen einig sind und von einer einzigen Stelle aus die Aktion geleitet werde. Am Schluß der Aussprache wurde nachstehend aufgeführte Resolution mit überproport. Mehrheit angenommen. Die von kommunistischer Seite eingebrachten Entwürfe fanden nur eine geringe Unterstützung der Versammlungsteilnehmer.

### Entschädigung!

„Die heute im überfüllten großen Saale des Gewerkschaftshauses tagende Versammlung der Vertrauensleute der Gewerkschaften Breslans erklärte, durch die bisherige Entlohnung an der untersten Grenze der Existenzmöglichkeit angelangt zu sein. Sie fordern mit Entschiedenheit ein energisches Vorgehen gegen die Schädlinge des deutschen Volkes, die vornehmlich unter den wirtschaftlichen und finanzgewaltigen allerer und neuerer Zeit zu suchen sind. Die Verfolgung ihrer selbstherrlichen Sonderinteressen, verbunden mit einer nicht zu überbietenden Steuerhabsucht der Besitzenden werde von den Versammelten als die Hauptursache der Gläubersage der deutschen Arbeiterchaft, des großen Heeres der Erwerbslosen und früher begüterter Volksteile erkannt und sind bei Fortbestehen dieses unerbittlich umgeständelten Zustandes angetan, Verzweiflungshandlungen von Hungers wegen auszuführen. Diesen sonst naturnotwendigen Folgen ist nur dadurch zu begegnen, daß sich die verantwortlichen Führer der Wirtschaft und Regierung bereit finden, der Einführung eines wertvollen Lohnes für das ganze Reichsgebiet schon in den nächsten Tagen die Wege zu ebnen.“

### Neues Lohnabkommen

für die Herren- und Damenschneiderei.

Auf Grund der fortwährend veränderten Preisverhältnisse auf dem Warenmarkt ist in Eisenach am 24. Juni ein neues Lohnabkommen für obige Branche geschlossen worden. Die Erhöhung gegenüber dem 2. Berliner Lohnabkommen beträgt 90 Prozent. Dieses Lohnabkommen tritt mit dem 28. bzw. 24. Juni in Kraft und besteht nur für eine Woche Gültigkeit.

Im weiteren ist zwischen den beteiligten Verbänden vereinbart worden, daß in der Zeit vom 1. bis 28. Juli keine Verhandlungen mehr stattfinden, und für diese Zeitperiode auf Grund der allwöchentlich stattfindenden statistischen Erhebungen die Löhne von den in Frage kommenden Organisationsstellen festgelegt werden. Hieraus schließt sich, daß ab 1. Juli mit jeder beginnenden Lohnwoche neue Lohnsätze Platz greifen. Anfragen erledigt und Tarifverträge verteilt der Deutsche Bekleidungsarbeiter-Verband, Filiale Breslau, Gewerkschaftshaus, Zimmer 66/67.

### Jubiläumsvorabendstag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

(Fortsetzung.)

In Bezug auf die Arbeitsgemeinschaft macht sich der Verband die im dem Beschluß des Ausschusses des ADGB vom November 1920 wiedergelegte Auffassung zu eigen, wonach die

Organisation der Arbeitsgemeinschaften nicht begrenzt ist und erfolgen wird, wenn andere verhältnismäßige und gezielte finanzielle Organe geschaffen sind, in denen die Arbeiterchaft an der Leitung der Wirtschaft beteiligt ist.

Der Verbandstag erhebt mit Nachdruck die Forderung nach einer beschleunigten Schaffung solcher Organe, insbesondere der Bezirkswirtschaftsräte. Er hält jedoch heute schon die Möglichkeit, gesetzliche Organe zu bewerkstelligen, für ausreichend, um die Organisation der freiwilligen Arbeitsgemeinschaften zu fördern. Der Verbandstag fordert deshalb den ADGB auf, erneut zur Frage der Arbeitsgemeinschaften Stellung zu nehmen und seinen Austritt daraus zu beschließen.

Bei knapper Mehrheit wird dazu ein Ergänzungsantrag Stöber und Genossen angenommen, der den so fertigen Antrag tritt aus der Arbeitsgemeinschaft löst. Mit großer Mehrheit findet die Resolution des Verbandes gegen die Kommunisten Annahme. In ihr wird die Gründung von Sonderorganisationen, die den Zweck haben, die Gewerkschaften zu isolieren und besondere kommunalistische Gewerkschaften zu errichten, verworfen und der Verband auszuscheiden, jedes Mitglied aus dem Verband auszuschließen, das einer kommunalistischen Organisation angehört. Die von den Kommunisten beantragte Wiederaufnahme ihrer Gewinnungsarbeiten, die auf Grund eines Beschlusses des Hamburger Verbandstages ausgeschlossen wurden, wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

In der Dienstag-Nachmittags-Sitzung erheben sich eine lebhafte Debatte über die Frage, ob der Verbandsvorstand infolge der am Vormittag gefassten Beschlüsse die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsorganen, wie Reichswirtschaftsrat, Außenhandelsstellen und Beirat beim Reichswehrministerium zurückzugeben habe oder nicht. Der Verbandstag ergriff jedoch durch Mehrheitsbeschluß seinen Beschluß dahin, daß der Vorstand alles zu tun habe, um die Vertretungen in den amtlichen Wirtschaftsstellen zu halten.

Die Nachmittags-Sitzung wurde ausgesetzt durch die Behandlung der Lohn- und Vertragspolitik des Verbandes. Referenten waren Schleicher und Dammert am Verbandsvorstand. Der erste Referent führte folgendes aus:

Im Jahre 1922 hat der Verband für 406.865 Personen die Lohnverhältnisse ohne Kampf neu regeln können. Die Erneuerung der Lohnabkommen mußte aber im Laufe des Jahres nicht nur einmal, sondern im Durchschnitt zwölf bis fünfzehnmal erfolgen. Dafür waren notwendig 6250 bezirkliche und örtliche Lohnabkommen. Auf dem Tag umgerechnet ergibt das 17. arbeitslose Lohnabkommen. In den Jahren 1921 und 1922 wurden insgesamt 185 Tarifverträge für 260.441 Beschäftigte abgeschlossen. In vielen Fällen mußte auch der Kampf entscheiden. Der Umfang unserer Bewegung bedeutet ein Stück sozialer Erfolge. Im allgemeinen ist es uns in den letzten Monaten gelungen, den Reallohn, gemessen an der amtlichen Preisveränderung, zu halten. Die praktische Arbeit hat bewiesen, daß bei bezirklichen Lohnabkommen ohne Schlichtungsinstanz nicht auszukommen ist. Die Frage der Schaffung vertraglicher Schlichter ist bis heute noch nicht geregelt. Die Lohnregelung ist heute nicht mehr wie früher eine Angelegenheit der beiderseitigen Organisationen, sondern besonders in den letzten Monaten hat sich die Reichsregierung durch übertriebene Erlasse und Anweisungen an die Schlichtungsbehörde in den Streit um die Lohnhöhen gemischt. Damit ist die Lohnfrage zu einer öffentlichen politischen Angelegenheit geworden.

# Breslau (Land)-Neumarkt.

Rosenhof. Ein örtliches Verhalten bezeugen fünf Arbeiter der hiesigen Zuckerfabrik, welche es fertig bringen, den streikenden Landarbeitern von Kienitz in den Rücken zu fallen, indem sie Streikarbeit verrichten. Leider sind uns die Namen sämtlicher Streikbrecher nicht bekannt. Jedenfalls ist einer aus Breslau, zwei aus Groß-Nachborn und zwei aus Rosenhof. Die beiden letzteren sind Leipe und Freidier. Arbeiter, die Solidarität gegenüber den um ihre Existenz kämpfenden Landarbeitern, und sorgt dafür, daß nicht auch noch die Frauen der hiesigen Flachsfabrik zu Streikbrechern werden.

Rein-Gebäude. Am 19. Juni fand hier eine öffentliche Versammlung statt, die mächtig besucht war. Die Arbeiterchaft von Rein-Gebäude und Umgegend scheint aufgefährt genug zu sein, denn sonst würde sie keine Gelegenheit verpassen, sich zu informieren. Genosse Winter-Breslau rechnete mit der Bürger-Regierung ab, die uns aus dem Elend nicht führen kann. Dagegen verurteilte er scharf das Ruhrabenteuer, und betonte, daß die Kapitalisten mit den französischen Militärern die Arbeiter unter die Kräfte bekommen möchten. Auch streifte der Redner die Auffassung verheißender Leute über Religion, die da meinen, Religion ist nur für die kleinen Leute da, während die Kapitalisten ihren Gott in der Wirtschaft herumtragen. Für die klaren Ausführungen erntete Genosse Winter reichen Beifall. Groß-Nachborn. Wer steht uns ins Elend? Am Sonnabend, den 23. Juni, abends 8 Uhr, tagte hier im Lokal von Schreier eine öffentliche Volksversammlung, mit der Tagesordnung: „Die Katastrophenpolitik der bürgerlichen Regierung.“ Die Versammlung war stark besucht. Unter den Anwesenden machte sich besonders eine große Anzahl von Kommunisten bemerkbar. Redner war der Genosse Schneidewind aus Breslau. Er schilderte die Not der Arbeiter und ihre Ursachen. Weiter gab er ein Bild von der Verteuerung und der Not des Mittelstandes. Die Ursachen seien in der fortgesetzten Verschlechterung unserer Währung und der Steuerhabsucht unserer Großkapitalisten und des Unternehmertums zu suchen. In seinen weiteren Ausführungen schilderte er den Weg, den die ehemaligen Minister Robert Schmidt und Erberger vorgeschlagen haben, um die Erhaltung der Schwerte durchzuführen. Als Antikraft für die Nacht 1920 und der Freihandelsparole der Agrarier und Kapitalisten sei heute die maßlose Verteuerung erfolgt. Nur die Einigkeit des Proletariats werde fähig diese Schwierigkeiten überwinden. In der Diskussion wies sich ein Redner von der KPD, der in anerkennender Weise die Ausführungen des Redners unterstrich, und nur in der Einheitsfront des Proletariats ebenfalls die Rettung erblickt. Die Versammlung wurde mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie geschlossen. Die Tellererhebung ergab einen ansehnlichen Beitrag.

Deutsch-Wisa. Arbeiter beteiligt auch! Das Gewerkschafts- sowie das Arbeiter-Sportfest haben beschlossen, bei dem am 1. Juli stattfindenden Volksfest zum Besten des Kriegerdemofonds mitzuwirken und bitten die gesamte Arbeiterchaft, sich vollständig zu beteiligen. Alles Nähere siehe Inserat in der heutigen Zeitung.

Canth. Die Ortsgruppe Canth und Umgegend des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ feiert am Sonntag, den 1. Juli, ihr erstes Stiftungsfest. Alle Sports- und Parteigenossen, sowie Gewerkschaftsmitglieder der Kreise Breslau-Land und Neumarkt werden gebeten, sich so zahlreich wie möglich zu beteiligen. Alles Nähere siehe Inserat in heutiger „Volkswacht“.

# Aus Schlegien.

### Ein heiteres Stückchen

ereignete sich während des Landarbeitersstreifs in Harperzdorf: Kommt da eines Mittags eine hier sehr bekannte reue volksparteiliche Seele zum Gutsinpektor gerannt und erzählt, die hiesige Arbeiterchaft wolle am Nachmittag demonstrieren und wolle den Herrn Inspektor mit einem Besuche ganz besonders lehren, auf deutsch gesagt: das Fell abreiben. Darob große Bekürzung im ganzen Agrarbezirk. Alles rennet, reitet, flüchtet und der gesamte Apparat wird sofort in Bewegung gebracht. Gendarmerie und Schupo muß einziehen, um das „gefährdete“ Leben des Gutsummandanten zu schützen. Schweißige Hände wird von allen Seiten nach dem gefährdeten Demonstrationszuge ausgeschaut, welcher sich gar nicht blicken

lassen will, denn sein Mensch hatte daran gedacht, zu demonstrieren und das lobbare Leben des Gutsummandanten in Gefahr zu bringen.

Was sagt die Allgemeinheit der Steuerzahler in bezug auf die Wahrung der Sicherheitsorgane auf Kosten der Allgemeinheit?

Dauban. Königt. Preuss. Eisenbahn. So recht man heute noch nach fünf Jahren, als die Route fortließen, auf den Bahnanlagen betriebsmäßig elektrische Leitung, am Bahn-Höbergange der Kohlsurter Straße am Bahnhof stehen, ebenso bei dem Prisenumbau an der Mittelstraße. Wer hier sich nach den Vorschriften richtet, kann nicht beachtet werden; denn eine Königl. Preuss. Eisenbahn kritisiert nicht mehr und sind auch die Vorschriften mit dieser Unterstellung nicht gültig. Dem Eisenbahn-Prisenverwalter kann nur empfohlen werden, sich einmal in seinen Tagen diese Sorte herauszufinden und zu überprüfen, damit man sie nicht, wie vor wenigen Tagen, auf die bestellten Straßen stellt. Man wird es als ein Versehen hinstellen; doch wenn eine Tafel getrieben werden kann, warum die anderen nicht gleich auch?

# Kleine Breslauer Nachrichten.

### Jugendliche Räuber.

Der jugendliche Arbeiter Rich Gregorzewski machte im Sommer 1920 auf dem hiesigen Hauptbahnhof die Bekanntschaft des jugendlichen Arbeiters Herbert Scholz und des 23 Jahre alten Landarbeiters Paul Salzbürg. Da G. allein in der elterlichen Wohnung auf der Gräbenerstraße 39 war, lud er seine neuen Bekannten zu sich ein, die dann auch eine Reihe von Nächten in der Wohnung verblieben. Am 3. Juni hatten Scholz und Salzbürg einen raffinierten Plan erdacht, um in der Wohnung des leichtgläubigen Gregorzewski zu wohnen. Sie redeten ihm vor, sie wollten „Einfeststellungsunterlagen“ holen. Zunächst wurden auch Scholz und Salzbürg geteilt und schließlich auch Gregorzewski. Bei ihm zog man aber den Streich so weit, daß es ihm nicht gelang, sich zu befreien. Sehr verdorben lieh ihn der Drei anzuzeigen, wo sich die Schlüssel zu den Schränken befinden. Als er sich weigerte, stellte Scholz eine Art neben ihm und man drohte ihm, man werde ihn fast machen. Nun gab er den Büchern das Versteck an und ließ räumen, fast die gesamten Kleidungsstücke und Wäsche zusammen und suchten das Bett, nachdem sie dem Gregorzewski noch zugerufen hatten, ja stille zu liegen, sonst würden sie ihn tot machen. Als Rich G. nach stundenlangen Anstrengungen befreit hatte, waren die Sachen bereits auf dem Neumarkt verkauft worden. Scholz konnte bald gefast werden, und da er bei Bestimmung der Tat noch nicht 18 Jahre alt war, wurde er von der Strafkammer zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt. Salzbürg war flüchtig, er konnte erst auf Grund eines Steckbriefes verhaftet werden. Am Dienstag vor dem Schwurgericht war er gefast. Die Geschworenen bejahten die Schuldfrage nach Raub unter Zustimmung mildernder Umstände. Das Gericht erkannte auf 2 1/2 Jahre Gefängnis.

\* Zum 2. Oesterreichisch-Deutschen Volkstag am Sonnabend, den 30. Juni, im Zoologischen Garten war noch folgendes zu berichten: Der bekannte Musikdirektor Robert Strauß aus Wien wird am Volkstage, um sich in den Dienst der guten deutschen Sache zu stellen, persönlich nach Breslau kommen und die Leitung des Orchesters übernehmen. Das Orchester, welches um 9 Uhr beginnt, wird von den ersten Künstlern Breslans bestritten und zwar werden auftreten die Damen Polster, Krauß, Hawier, Sielen, Sträußer, Goldwitzer, Soedlund vom Reich-Rainer-Volkst und die Herren Halpern, Löwin, Mörbitz, Neumann und Trostorf. Es ist die Pflicht eines jeden guten Deutschen, den Volkstag zu besuchen, zumal da der Bund keine Mühe scheut, um den Besuchern etwas ganz hervorragendes zu bieten. Näheres siehe: „Inserat.“ Gasvergiftung. In ihrem Elternhause, Friedrich-Wilhelm-Straße 97, fand man am Mittwoch vormittag die 18jährige Frieda Waloske, die allein in der Wohnung war, an Gas vergiftet vor. Wiederbelebungsversuche waren vergebens; das Mädchen hatte sich aus Gram absichtlich das Leben genommen. Die Leiche wurde in das Schauhaus gefast.

### Unsere Valuta.

Es wurden an der Berliner Börse gezahlt:

	27. 6.	28. 6.
für 1 amerikanischen Dollar	152617,00 RM.	125685,00 RM.
• 1 englisches Pfund	708225,00	578550,00
• 1 französisches Franc	975,00	775,50
• 1 holländisches Gulden	59930,00	49176,50
• 1 Schweizer Franken	28927,50	22439,50
• 100 österreichische Kronen	217,45	180,04
• 1 tschechische Krone	4588,50	3770,50
• 1 dänische Krone	28927,50	22439,50
• 100 polnische Mark	—	—

# Bereinstalender.

Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Breslau. Am Donnerstag, den 28. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Mitgliederversammlung des D. E. B. statt. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig. Zahlreiches Erscheinen ist erwünscht. Mitgliedsbuch dient als Ausweis. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Bekleidungsarbeiterverband, Filiale Breslau. Am Freitag, den 29. Juni, abends 7 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus im kleinen Saale eine allgemeine Mitgliederversammlung für nachstehende Branchen statt: Herren- und Damen-Wäsche, Arbeiter-Konfektion, Damen-Konfektion, Herren- und Knaben-Konfektion, Schirmbranche, Wäschebranche sowie Lehrlinge aller Branchen. In dieser Versammlung können auch Anzeigen mitgebracht werden. Zahlreiches Besuch erwünscht. Die Filialeleitung.

Sargjubiläum. Heute, abends 8 Uhr, spricht bei uns Genosse Dr. von Grumkoff. Im Anschluß daran Mitgliederversammlung. Gäste willkommen.

Sonnabend, abends 8 Uhr: Sprechchor. Alle am Sprechchor interessierten Genossinnen und Genossen uns befreundeter Organisationen sind zu den Übungen des Sprechchors herzlich eingeladen. Achtung, Steinarbeiter! Sonnabend, den 30. Juni, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Zimmer 3: Versammlung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung zahlreiches Erscheinen erwünscht. Tagesordnung: Von 6-8 Uhr Kaffentag, dann Lohnfrage. Der Vorstand.

# Zahnpasta selbst zu bereiten!

Wenn Sie die nasse Zahnbürste in Dr. Bahr's „Zahnpulver Nr. 23“ eintauchen, bereiten Sie sich selbst frische aromatische Zahnpasta, welche die Zähne blendend weiß erhält und im Gebrauch außerordentlich sparsam ist. — In all. Apotheke u. Drog. zu haben.

# Parteigenossen und Genossinnen werbt ständig für die Volkswacht!





